

Parlament verleiht der Forderung nach einer Ganztageschule Nachdruck

Thuner Stadtrat (1) Dass in Thun eine Ganztageschule eingeführt werden soll, darüber war sich das Parlament weitgehend einig. Bei der Frage nach dem richtigen Instrument gingen die Meinungen indes auseinander.

Gabriel Berger

Das Bonmot der Debatte lieferte Jonas Baumann: «Das Bedürfnis nach einer Ganztageschule besteht wohl vor allem bei den Eltern – und weniger bei den Kindern.» Das Stadtratsmitglied der Fraktion EVP/EDU/CVP illustrierte damit den Fakt, dass sich das Parlament gestern Abend zwar weitgehend einig war, dieses schulergänzende Angebot einzuführen, sich jedoch darüber stritt, wie das am besten und schnellsten geschehen soll.

Die Fraktionen SP, Grüne/Junge Grüne, GLP/BDP und CVP-Stadtrat Alois Studerus hatten eine Motion eingereicht, die vom Gemeinderat forderte, das Bildungsreglement im Hinblick auf die Einführung von Ganztageschulen anzupassen. Solche gibt

es im Kanton Bern erst in der Stadt Bern und in Köniz (vgl. Ausgabe vom Mittwoch). Der Gemeinderat wiederum hatte beantragt, den Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln, damit die Modalitäten einer Ganztageschule zunächst mittels eines Schulentwicklungsprojekts getestet werden könnten.

Erfahrungswerte einholen

Gemeinderat und Bildungsvorsteher Roman Gimmel (SVP) erklärte eingangs, dass das Thema in der Regierung ohnehin hohe Priorität genieße und – auch bei einer Annahme als weniger verbindliches Postulat – bereits im Herbst erste Schritte zum erwähnten Projekt unternommen würden. Mark van Wijk (FDP) pflichtete dem bei: «Damit eine Änderung des Bildungsregle-

ments Sinn macht, braucht es Erfahrungswerte und Fakten. Daher ist es richtig, wenn wir zeitnah einen Versuch durchführen, um am Ende eine «Thuner Lösung» zu haben.» Barbara Klossner hielt fest, dass die SVP trotz kritischer Voten innerhalb der Fraktion zum Schluss gekommen sei, dass es richtig ist, eine Ganztageschule einzuführen. «Aber: Wir wollen wissen, mit welchen finanziellen Konsequenzen wir rechnen müssen. Diese und weitere Fragen könnten wir mit einem Versuchsbetrieb klären», fand Klossner und warb – wie Van Wijk – für den Antrag des Gemeinderats.

Verbindlichkeit gefordert

Einen anderen Schluss zog dagegen Andreas Kübli (GLP/BDP). Er sprach sich zwar ebenfalls da-

für aus, nun die nötigen Abklärungen anzugehen, «ich sehe aber nicht ein, wieso das Anliegen nicht als Motion behandelt werden soll». Letzteres schaffe mehr Verbindlichkeit.

Thomas Rosenberg (Grüne) hob den «klaren Standortvorteil» hervor, den eine Ganztageschule für Thun mit sich bringen würde. Jetzt müsse es an die Umsetzung gehen, daher sei die Motion das richtige Instrument. Alois Studerus (EVP/EDU/CVP), der nicht stellvertretend für die ganze Fraktion sprach, verwies auf die Chancen für Thuner Unternehmen dank des neuen Angebots: «Wir ermöglichen es ihnen, Fachkräfte zu beschäftigen, die auf Betreuungsmöglichkeiten angewiesen sind.»

Katharina Ali-Oesch (SP) gab zu, dass die Motion durchaus

Mittel zum Zweck sei, ein Pilotversuch damit aber nicht verunmöglicht werde. «Bildung ist generell ein sehr dynamischer Lebensbereich, bei dem laufend Anpassungen nötig sind. Aber jetzt ist der richtige Zeitpunkt gekommen, eine Ganztageschule einzuführen, um unseren Kindern die bestmögliche Betreuung zu bieten», sagte Ali-Oesch.

Links und Mitte pro Motion

In der Schlussabstimmung obsiegte letztlich diese Sichtweise: Der Stadtrat nahm die Motion dank Stimmen von links und aus der Mitte mit 22 zu 15 an. Der Gemeinderat wird so verpflichtet, dem Parlament die geforderte Änderung des Bildungsreglements vorzulegen. Der Weg für eine Ganztageschule in Thun ist damit frei.

Viel Lob für den Bericht zum Klimaschutz

Stadtrat (3) «Grossartige Arbeit»: Das war der Tenor im Parlament zum Bericht über die Klimaschutz-Eingaben der Parteien.

Das Coronavirus hat die Klimakrise als vielleicht vordringlichstes Problem der Gegenwart in den letzten Monaten verdrängt. Auch die Stadtratssitzung vom Donnerstagabend fand zwar Corona-bedingt erneut im KKThun mit den nötigen Abstands- und Hygiene-Massnahmen statt – thematisch allerdings lief der Klimaschutz dem Virus für einmal wieder den Rang ab. Traktandiert war nämlich der «Bericht zu den Klimaschutz-Eingaben der Parteien», den diese nach der Ausrufung des Klimanotstands durch den Stadtrat vor einem Jahr eingereicht hatten. Es waren über 150 Vorschläge für Massnahmen zusammengekommen (wir berichteten). Viele Anliegen werden in der Klima- und Energiestrategie sowie dem gemeindeübergreifenden Richtplan Energie aufgegriffen, welche die Stadt als «wegweisende Instrumente» erarbeitet beziehungsweise aktualisiert. Dies hatte der Gemeinderat im Juni verkündet.

Viel Arbeit, viel Lob

Dass sich hinter dem Traktandum ein grosser Brocken verbarg, zeigten bereits die Stadtratsunterlagen dazu, die rekordverdächtige 78 Seiten umfassten. Und dies, obwohl kein Entscheid anstand – das Parlament konnte den Bericht lediglich beraten und zur Kenntnis nehmen. Und die Parteien waren sich einig: Die Arbeit sei «grossartig», der Aufwand «hilfreich» und ein «wunderbares Instrument» um zu zeigen, welchen Weg der Gemeinderat beschreiten wolle. «Wir werden hinschauen und sind gespannt, was die Stadt aus all dem macht», sagte Franz Schori (SP). «Innovation ist jedem Verbot vorzuziehen», betonte Alois Studerus (CVP/EVP/EDU). Das Preis-Leistungsverhältnis müsse im Auge behalten werden, erklärte Eveline Salzmann (SVP): «Was bringt den höchsten Nutzen für das Klima und ist finanziell tragbar?» (mik)

Stadtrats-Nachrichten

Schweigeminute für Alain Kleiner

Die gestrige Parlamentsitzung begann mit einer Schweigeminute für Alain Kleiner. Das Stadtratsmitglied der SVP-Fraktion verstarb am 19. Juni im Alter von nur 55 Jahren unerwartet an einem Herzversagen. Kleiner wirkte seit dem 1. Januar 2011 im Stadtrat. Der leidenschaftliche Jasser habe stets «mit Herz und Weitsicht» politisiert, würdigte Stadtratspräsidentin Daniela Huber Notter (BDP) ihren Kollegen. Und sie zitierte aus der Todesanzeige: «Im Herzen bleibt du uns ganz nah.» (gbs)

Zwei Neue in der Kadettenkommission

In der Stadtratssitzung wurden Yves Jaccard (anstelle der zurückgetretenen Julia Kuslys) und Niklaus Blaser (anstelle des auf Ende Jahr zurücktretenden Bernhard Wittwer) in die Kadettenkommission gewählt. (mik)

Vorstoss zu den Legislaturzielen war ein «Rohrkrepierer»

Stadtrat (2) Wer soll bei den Legislaturzielen mitreden können? Viele, fanden einige Stadträte. Nur der Gemeinderat, fand der Gemeinderat. Langer Debatte kurzer Sinn: Der Vorstoss wurde zum «Rohrkrepierer».



Der Gesamtgemeinderat mit (v.l.) Konrad Hädener (CVP), Peter Siegenthaler (SP), Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP), Andrea de Meuron (Grüne) und Roman Gimmel (SVP) verkündet im Mai 2019 die Legislaturziele. Er bleibt auch künftig alleine verantwortlich für die Zielsetzungen. Foto: Patric Spahni

Der Gemeinderat ist zuständig dafür, nach den Wahlen die wichtigsten Ziele für die jeweils nächste Legislaturperiode von vier Jahren festzulegen. Punkt.

Oder doch nicht? In einem Postulat forderten die Fraktionen EVP/EDU/CVP, GLP/BDP, SVP sowie zwei FDP-Stadträte den Gemeinderat auf, eine «partizipativere Erarbeitung» der Ziele zu prüfen (vgl. Ausgabe von gestern). Auch Sachkommissionen, Parteien, Leiste und Verbände sollten mit einbezogen werden. Der Gemeinderat sieht es anders: Die Legislaturziele seien das eigentliche Regierungsprogramm; Führung und Exekutivverantwortung seien keine partizipativen Prozesse.

Und: Eine breite Partizipation «überfordert das System», zeigte sich Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP) überzeugt. Solle das Ganze keine «Alibiübung» werden, reiche die Zeit schlicht nicht. Was

wiederum Jonas Baumann (EVP/EDU/CVP) anders sah. Seiner Meinung nach wäre eine Partizipation in einfacher digitaler Form möglich. «Man hätte mit wenig Aufwand ein Signal setzen können», fand er. «Die Identifikation mit den Zielen wäre gestiegen.»

Kein Kampf für die Idee

«Hätte» und «wäre» zeigten es schon: Gross für die Postulatsidee kämpfen mochte Baumann nicht. «Man soll niemanden zum Glück zwingen», fand er. Auch sonst blieben richtig kämpferische Voten aus. Nicole Krenger (GLP/BDP) betonte, man wolle dem Gemeinderat nicht die Kompetenz streitig machen – «er soll letztinstanzlich über die Ziele befinden können». Aber es sei möglich, dass zuvor mehr Meinungen eingeholt würden. Dafür müsse noch nicht mal die definitive Zusammensetzung des Gemeinderats feststehen. Mark van Wijk (FDP)

zeigte sich immerhin «nicht ganz amused» und warf dem Gemeinderat vor, sich in den Schützengraben zurückzuziehen. Die Legislaturziele lösten jeweils keine Begeisterung aus, Handlungsbedarf bestehe durchaus. Und es sei wichtig, «Betroffene zu beteiligen zu machen». Peter Aegerter (SVP) machte schliesslich gleich klar: «Ein konstruktiv angedach-

«Wenn es gut kommt, ist man beim nächsten Mal wieder in der Startformation, wenn nicht auf der Ersatzbank.»

Stadtrat Thomas Hiltbold nahm den Fussball zur Hilfe.

ter Vorschlag mutierte zum Rohrkrepierer.» Seine Fraktion habe das Postulat zwar mit Überzeugung mitgetragen – aber die Antwort des Gemeinderats überzeugend halt eben auch.

Keine einheitliche Meinung gab es bei SP und Grünen. Erste verzichteten auf eine ausführliche Wortmeldung, für Letztere sprach sich Thomas Hiltbold gegen den Vorstoss aus. Es gebe nun mal Bereiche, die sich schlecht eignen für Partizipation. Hiltbold zog das Beispiel des FC Thun-Stürmers Simone Rapp heran: Stehe dieser wie am Mittwochabend alleine vor dem Tor, könne er auch nicht alles stoppen und eine Diskussion vom Zaun reissen, ob er jetzt besser noch einen Pass spiele oder direkt aufs Tor schieße. «Manchmal muss man den Entscheid im Moment treffen», sagte Hiltbold. Wenn es gut komme, sei man «beim nächsten Mal wieder in

der Startformation, wenn nicht auf der Ersatzbank». Das sei für den Gemeinderat bei den Wahlen auch nicht wirklich anders.

Regierung «ist nicht taub»

Stapi Raphael Lanz erklärte noch, eine Ablehnung des Postulats bedeute nicht, «dass wir einsame und autoritäre Entscheide fällen wollen». Die Regierung sei nicht taub und kenne die Erwartungen durchaus, sie nehme auch Forderungen aus dem Stadtrat auf. Aber da war längst klar, dass die Postulatsidee sang- und klanglos verpuffen würde. Ob direkte Ablehnung (wie es Hiltbold wollte) oder Annahme des Postulats und gleichzeitiges Abschreiben im Sinne von «Vorschlag geprüft» (wie es alle anderen wollten) war letztlich irrelevant. Die Idee ist so oder so vom Tisch.

Michael Gurtner